



Anreize statt Verbote

Zwang zum Austausch von Öl- und Gasheizungen, Verbrenner-Aus, Werbeverbot für Naschereien – in ihrer Politik setzt die Ampel-Koalition gerne auf Verbote. In einer aktuellen Stunde des Bundestages zeigte die CDU/CSU-Fraktion, dass diese Politik an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei geht. Die Union will stattdessen den mündigen Bürger stärken, indem sie vernünftige Verhaltensweisen fördert.

Dabei warb die Unionsfraktion für eine Politik des gesunden Menschenverstands. Als Stichworte nannte die CDU/CSU Freiheit, Technologieoffenheit, Verhaltensanreize. Es geht darum, die Bürger auf dem Weg in die Klimaneutralität mitzunehmen. Mit Verboten jedoch verspielt die Ampel die Akzeptanz für den Klimaschutz. Wenn die Menschen bei dem Prozess verloren gehen, schaden wir der Gesellschaft und dem Klima.

Die Union unterstrich, dass Heizen natürlich schrittweise klimaneutral werden müsse. Dabei muss man aber realistisch vorgehen. Der Zwang zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen, wie die Ampel ihn plane, ist nicht umsetzbar, weder personell noch technisch. Wärmepumpen sind nicht lieferbar, Fachkräfte fehlten. Hinzu kommt, dass sich Wohnungseigentümer oder Mieter den Umstieg auf eine andere Heiztechnik oft gar nicht leisten könnten – zumal er in vielen Fällen mit umfangreichen Sanierungen einhergehe. Das sorgt bei vielen Menschen für völlige Verunsicherung und für Angst.

Die CDU/CSU-Fraktion sprach sich in der Debatte für gezielte Förderung aus, wenn Bürger den Umstieg aus eigenem Antrieb planen. Die Ampel hingegen habe ein Förderchaos angerichtet, indem sie Prämien für energieeffizientes Bauen und Sanieren sogar gekürzt habe. Das habe die Menschen „total verunsichert“. Sanierungen seien um 65 Prozent eingebrochen.

Gegen ein Verbot des Verbrennermotors sprach sich die Unionsfraktion wiederholt aus. Viele Menschen könnten sich den Kauf eines neuen Elektroautos nicht leisten. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, müssen deshalb die Fahrzeuge, die auf dem Markt seien, synthetische und Biokraftstoffe tanken können. Auf dem Weg zur Klimaneutralität müssen alle Optionen gezogen werden. Für die deutsche Exportwirtschaft kann die Technologieoffenheit auch Chancen bieten.

Gegen das von der Koalition geplante Werbeverbot für Süßigkeiten und Snacks wandte sich die CDU/CSU-Fraktion ebenfalls. Sie sprach sich dafür aus, Kindern Kompetenzen im Umgang mit gesunder Ernährung zu vermitteln, statt Werbung aus ihrem Alltag zu verbannen. Im Kampf gegen Übergewicht bei Kindern setzt die Union auf Ernährungsbildung und Bewegung. Als Widerspruch sieht die Union es, dass die Ampel gleichzeitig Cannabis legalisieren will, ohne die gesundheitlichen Gefahren in den Blick zu nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



wir wollen die aktuell unzureichend gesteuerte Asyl- und Flüchtlingspolitik und eine zu schwerfällige Praxis in der Fachkräfteeinwanderung wieder in geordnete und effektive Bahnen lenken. Hierzu wird dringend eine neue Bundesagentur für Einwanderung gebraucht.

Denn die Asylverfahren von Flüchtlingen und die Einwanderung von Fachkräften muss organisatorisch klar getrennt werden. Humanitäre Zuwanderung soll weiterhin durch das Bundesamt für Flüchtlinge gesteuert werden. Für Fachkräfte muss hingegen bundesweit eine voll digital arbeitende neue Einwanderungsagentur zuständig werden. Sie kann durch digitale Kommunikation mit Zuwanderungswilligen schon in ihrem Heimatland in Kontakt treten, kann ihnen bei den Einreiseformalitäten helfen und im Inland bei der Arbeitsplatzvermittlung unterstützen. Damit sorgen wir dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland attraktiver wird für die benötigten ausländischen Fachkräfte.

Darüber hinaus müssen wir die Hilferufe unserer nordrhein-westfälischen Kommunen mit guten Lösungsvorschlägen beantworten. Dies wollen wir mit den Kommunen Ende März in Berlin beim Kommunalgipfel der CDU/CSU-Fraktion diskutieren.

Damit Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden kann, muss irreguläre Migration zudem begrenzt und auf besonders Unterstützungsbedürftige konzentriert werden. Die Unionsfraktion schlägt daher unter anderem vor, endlich auf europäischer Ebene ein wirksames Asyl-Grenzverfahren einzuführen und die EU-Außengrenzen effektiver zu schützen. Außerdem muss die Bundesregierung Signale stoppen, die weltweit als weitere Anreize für zusätzliche irreguläre Migration und die unberechtigte Weiterreise nach Deutschland verstanden werden können. Mittelfristig müssen wir auch die Sozialstandards in der EU für Flüchtlinge und Migranten unter Berücksichtigung der Kaufkraft einander annähern, wenn die EU beim Thema Asyl wieder als ein Freiheits- und Humanitätsraum verstanden werden will. Darüber hinaus sprechen wir uns seit Jahren dafür aus, dass bestimmte Herkunftsländer, aus denen praktisch nur Menschen ohne Asylberechtigung zu uns kommen, als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Denn so können viele Asylanträge, die von vornherein kaum Erfolgsaussichten haben, zügiger bearbeitet und entschieden werden.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Bundesregierung bleibt in „Libra-Affäre“ klare Antworten schuldig

Debatte im Rechtsausschuss über Informationsdienst Libra



Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium der Justiz, Benjamin Strasser, musste sich heute auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschusses Fragen zur „Libra-Affäre“ stellen. Dazu erklären der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings, und der zuständige Berichterstatter Martin Plum:

Günter Krings: „Die Bundesregierung gibt sich nach der Einstellung von ‚Libra‘ reumütig, bleibt aber in wichtigen Punkten klare Antworten schuldig. Dass Justizminister Buschmann erst durch die Presse von einem möglichen Verfassungsverstoß seines Hauses erfahren haben will, wirft ein schlechtes Licht auf sein Management des Ministeriums. Wichtig ist auch der Blick in die Zukunft: Das Bundesjustizministerium muss zügig Kontrollmechanismen entwickeln, um solche Verfassungsverstöße bereits im Vorfeld ausschließen zu können.“



Martin Plum: „Bei der ‚Libra-Affäre‘ hat das Bundesjustizministerium viel zu lange nach dem Motto ‚Augen zu und durch‘ gehandelt. Obwohl es bereits zwei Monate früher als bisher bekannt auf einen möglichen Verfassungsverstoß hingewiesen worden ist, hat das Bundesjustizministerium über Wochen auf die gegenteilige Einschätzung der juris GmbH vertraut. Erst nach starkem Druck von Opposition und Öffentlichkeit hat es die Frage ernst genommen und das mindestens 400.000 Euro teure Experiment ‚Libra‘ eingestellt. Die politische Verantwortung für den monatelangen verfassungswidrigen Zustand und die dafür ‚verbrannten‘ Gelder trägt der Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann.“

Fotos: Tobias Koch / Gebhard Bücker

Energieintensive Industrien dürfen nicht im Stich gelassen werden

Bundesregierung muss Industriestrompreis schnellstmöglich auf den Weg bringen

Der Industriestandort Deutschland ist in Gefahr. Trotz Beschwichtigungen seitens der Ampel-Regierung. Gerade bei den energieintensiven Industrien geht es um rund 800 000 Arbeitsplätze. Statt jetzt schnell einen temporären, mit der EU-Kommission abgestimmten Industriestrompreis einzuführen, spielt die Bundesregierung auf Zeit. Aber gerade die sogenannte ökologische Transformation braucht nicht weniger, sondern mehr Energie.

Die jüngsten Ankündigungen energieintensiver Unternehmen zu Produktionsverlagerungen und -einstellungen, wie z. B. die Stilllegung der größten Aluminiumhütte Deutschlands im nordrhein-westfälischen Neuss, müssen die Bundesregierung endlich wachrütteln.

Insbesondere die hohen Energiepreise treiben die energieintensive Produktion in den Stillstand. Die Produktion in diesen Branchen ist bereits um 20 Prozent zurückgegangen. Die Unternehmen, die über ein Fünftel des gesamten deutschen Strom- und Gasbedarfs verbrauchen, können nicht mehr mithalten mit Konkurrenten aus dem Ausland.

Die Rezepte der Ampel wirken nicht. Die Gas- und Strompreisbremse läuft für viele Unternehmen ins Leere, weil die Empfehlungen der Gaspreiskommission nicht umgesetzt wurden. Egal ob Zug-, Windrad- oder Solarproduktion, hierfür sind energieintensive Grundstoffe notwendig.

Wer also diese Industriebetriebe fahrlässig abwandern lässt, gefährdet nicht nur die Transformation, sondern schafft auch mehr Abhängigkeit vom Ausland. Dem Klimaschutz ist übrigens damit auch nicht geholfen, denn andere Länder haben viel laxere CO2-Regeln.

Impressum:

Ausgabe Nr. 05/2023,
17. März 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck